

Liebe Kolleg:innen und liebe Leser:innen

Dr. Melanie Beiner



Jeannette Pella



wir sehen aufmerksam auf die angestoßenen Reformprozesse in der Sozialgesetzgebung und die aktuellen Diskussionen zu massiven Einsparungen. Sie betreffen Menschen in Pflege, Menschen, die auf Teilhabe-Leistungen angewiesen sind, Kinder und Jugendliche, Angehörige und nicht zuletzt auch uns als Kolleg:innen, die wir in unterschiedlichen Rollen tagtäglich für Menschen mit Anspruch auf Unterstützungsleistungen arbeiten. Die jeweiligen Fachverbände machen seit einigen Wochen mit vielfältigen Aktionen auf den geplanten Abbau sozialer Leistungen aufmerksam. Als Hoffnungstaler Stiftung Lobetal unterstützen wir die Kampagnen #NichtAmMenschenSparen oder „Wer jetzt kürzt, zahlt später drauf“.

Marko Wonterowski lebt in Lobetal und moderiert Veranstaltungen der Teilhabe.



„Ich bin kein Sparpotenzial“

Bundesweite Kampagne #nichtamMenschen sparen



Bethel

Hoffnungstaler Stiftung
Lobetal

Auch wir blicken mit großer Sorge auf die Vorschläge, die vorliegenden Gesetzentwürfe und die damit verbundenen Herausforderungen in der Sozialpolitik. Laut einem Entwurf mit dem Titel „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen – Vorschlagsbuch“, der vor ein paar Wochen, durchgesickert ist, stehen sowohl der Kinder- und Jugendhilfe als auch der Eingliederungshilfe erhebliche Kürzungen bevor. Der Entwurf hat Relevanz, weil er aus einer Arbeitsgruppe von Personen aus Bund, Ländern und Kommunen zusammengetragen wurde. Viele der Vorschläge aus dem „Vorschlagsbuch“, aber auch aus dem parallelen „Dialogprozess Eingliederungshilfe“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sehen einen gezielten Leistungsabbau vor. Wesentliche Errungenschaften des Bundesteilhabegesetzes, wie beispielsweise das Wunsch- und Wahlrecht, die personenzentrierte Leistungserbringung, aber auch die bisher selbstverständliche Refinanzierung der tariflichen Bezahlung sollen eingedämmt oder gar abgeschafft werden. Auch das Reformvorhaben aus dem „Zukunftspakt Pflege“, zu dem

aktuell ein Referenten-Entwurf vorliegt, zielt auf deutliche Begrenzung des Zugangs zu Pflegeleistungen, höhere Selbstbeteiligung und Kosteneffizienz zu Lasten Pflegender und deren Angehöriger. Eine Verschiebung in andere Sozialsysteme droht. Bei einigen Maßnahmen scheint es fraglich, ob sie mit den Menschenrechten vereinbar sind. Insgesamt steht der soziale Frieden in unserer Gesellschaft auf dem Spiel. Deshalb lehnen die Fachverbände die veröffentlichten Pläne ab.

nicht am Menschen sparen

Reformen, die zulasten der Menschenwürde derjenigen gehen, die auf Leistungen und Unterstützung angewiesen sind, werden auch wir nicht akzeptieren. Die mit dem Leistungsabbau einhergehenden empfindlichen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen, von Menschen mit Beeinträchtigungen, von Menschen mit Pflegebedarf und anderen vulnerablen Gruppen widersprechen aus unserer Sicht in ihrer jetzigen Form dem grundgesetzlich verankerten Sozialstaatsprinzip. Dieser Abbau von Leistungen, die Menschen zustehen, damit sie bestmöglich gefördert werden und am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ist auch mit unseren Werten, die wir als Hoffnungstaler Stiftung Lobetal vertreten nicht vereinbar.

Kritisch sehen wir außerdem, dass unterschwellig die Arbeit der freigemeinnützigen Träger in Frage gestellt wird. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip – und damit das Prinzip, dass zur Sicherung sozialen Wohlstands und Friedens Bürger:innen mitwirken – durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung und in der Vielzahl und Diversität der von ihnen begründeten Organisationen.

Wir sehen, dass die Haushalte in Bund, Ländern und Kommunen angespannt sind. Richtet sich der Fokus jedoch allein auf Einschränkungen und Kürzungen, die zulasten der leistungsberechtigten Menschen gehen, werden die Reformpläne der sozialen Verantwortung von Staat und Gesellschaft nicht gerecht. Mit dem Bedürfnis nach mehr zentraler Steuerung durch den Leistungsträger wachsen Bürokratie und die damit verbundenen Kosten. Wir sind der Meinung: Hier braucht es andere Wege. Gemeinsam mit anderen Partner:innen machen wir uns stark für die Vereinfachung und Entbürokratisierung von Prozessen, für Digitalisierung und insgesamt für das Ziel, gebundene Ressourcen zu heben, damit Leistungen in guter Qualität und kostenschonend bei den Menschen ankommen.

In der Hoffnungstaler Stiftung Lobetal tragen wir Verantwortung für Menschen und gestalten Gesellschaft auf der Grundlage unserer christlich-diakonischen Werte mit. Wir sind Teil

des sozialrechtlichen Dreiecksverhältnisses. Als erfahrener Leistungserbringer wissen wir, dass Reformen gemeinsam gestaltet und bestenfalls gemeinsam getragen sein müssen. Handlungsleitend sollte sein, dass Menschen bestmöglich selbstbestimmt und menschenwürdig leben können. Ohne dieses Ziel werden Effizienzsteigerungen und Kostendruck zu Einsparungen führen, die später mehr an Ausgaben verursachen.

Wir sind überzeugt davon, dass die anstehenden Herausforderungen nur in intensivem Dialog miteinander erfolgreich bewältigt werden können. Gemeinsam mit Politik und Kostenträgern möchten wir Wege finden, damit Menschen auch künftig verlässlich unterstützt und begleitet werden können.

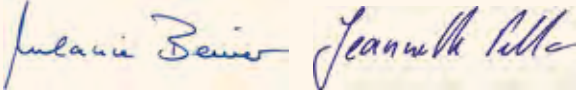
Dabei scheint uns außerdem wesentlich, dass soziale Leistungen nicht nur „die anderen“ in Anspruch nehmen. Auf Pflege und Eingliederungshilfe, auf Unterstützung in der Begleitung von Kindern und Jugendlichen oder andere Sozialleistungen kann jeder und jede schnell angewiesen sein.

Als einer der großen Leistungserbringer in Brandenburg und Berlin, mit Engagement in weiteren Bundesländern, beteiligen wir uns konstruktiv an Gesprächen für tragfähige Lösungen. Unsere Erfahrungen und Netzwerke in der gewachsenen 121-jährigen Geschichte unserer Stiftung sind breit gefächert: Wir sind u. a. aktiv in der Pflege, der Teilhabe, medizinischer Versorgung, der Begleitung von Kindern und Jugendlichen, der Migrations- und Integrationsarbeit sowie der Ausbildung sozialer Berufe. Wir engagieren uns aktiv in Gremien in den Kommunen, in den Ländern und im Bund. Wir übernehmen Verantwortung in der verbandlichen Arbeit, insbesondere in der Diakonie, und bringen unsere fachliche und sozialpolitische Expertise auf allen Ebenen ein, beziehen Stellung und ringen um Konsens. Immer wieder ist es in all den Jahren gelungen, gemeinsam mit Partner:innen in Ländern, Landkreisen und Kommunen schwierige Situationen zu meistern. Deshalb sind wir überzeugt, tragfähige Lösungen auch für die aktuellen sozialpolitischen Herausforderungen zu finden.

Wir möchten Sie, liebe Kolleg:innen, liebe Leser:innen, darum bitten, sich einzusetzen für gute und notwendige Leistungen zur sozialen Teilhabe. Bringen Sie sich ein, wo und wie es Ihnen möglich ist. Wir tun es mit Ihnen.

Vielen Dank und herzliche Grüße

Ihre



DR. MELANIE BEINER und JEANNETTE PELLA

Geschäftsführerinnen